

Peter Böhmer, Jon Clark

DER STREIK DER BERGARBEITER IN ENGLAND

Kurzanalyse und Bericht

Der folgende Bericht über den Bergarbeiterstreik in Groß-Britannien ist verfaßt worden von zwei studentischen Genossen, die an der Universität Birmingham Germanistik studieren und dort als Streikposten den Kampf der Bergarbeiter aktiv unterstützt haben. Ihr Aufsatz ist in aller Eile verfaßt worden und erhebt zunächst einmal nur den Anspruch, westdeutsche Genossen über den Verlauf dieses für die britische Arbeiterklasse so enorm wichtigen Arbeitskampfes zu informieren, möglicherweise dem einen oder anderen mitzuteilen, daß er überhaupt stattgefunden hat. Darüber hinaus aber haben die Autoren versucht, den Gesamtzusammenhang dieses Streiks im Rahmen der ökonomischen Nachkriegsgeschichte Groß-Britanniens anzuzeigen und herauszuarbeiten; was er an neuen Qualitäten der Klassenauseinsetzung in diesem Land gebracht hat. All dies mußte aufgrund der kurzen Zeit, die den Autoren zur Verfügung stand (der Bericht wurde im März geschrieben), relativ oberflächlich und beschreibend bleiben, und sie möchten die deutschen Leser schon an dieser Stelle darauf hinweisen, daß eine diesbezügliche Kritik bei ihnen durchaus offene Türen einrennen würde.

Frank Unger

„We stand on the threshold of a period of growth and prosperity unparalleled since the war.“

Heath auf einer Konferenz der Konservativen Partei im Oktober 1971.

„If the working class is united we can achieve anything.“

Arthur Scargill, N. U. M. 1) Yorkshire, nach dem Sieg der Bergarbeiter in Saltley.

1) N. U. M.: National Union of Mineers, englische Bergarbeitergewerkschaft.

I. Ausgangslage

Die ökonomische Entwicklung Englands seit 1945

Die Politik der Heath-Regierung seit ihrem Amtsantritt Mitte 1970 bezeichnet eine neue Etappe in der Entwicklung des Klassenkampfes in Großbritannien,²⁾ die wesentlich als Folge der strukturellen Rückständigkeit der britischen Industrie seit 1945 zu verstehen ist. Der Ausnutzung des ökonomischen Vorsprungs vor den kriegszerstörten Ländern Westeuropas in der Zeit nach 1945 wurde eine Politik vorgezogen, die nicht auf einen produktiven Ausbau der eigenen Industrie hinauslief, sondern die sich auf kurzfristige Gewinne durch Auslandsinvestitionen konzentrierte. Die Außenpolitik ist wesentlich durch eine US-Abhängigkeit charakterisiert, die unter anderem beinhaltete, daß Gelder für Militärzwecke in einer Höhe ausgegeben wurden, die in keinem Verhältnis stand zu Großbritanniens gesunkener Weltmachtposition und den Möglichkeiten seiner nationalen Produktivkräfte. Die Krise der Zahlungsbilanz spitzte sich seit 1945 kumulativ zu einer Situation zu, in der sie dann während der Labour-Regierung 1964–1970 zum fetischistisch fixierten Dreh- und Angelpunkt der Politik wurde.

Die Beibehaltung des Pfund Sterling als Weltwährung, trotz der relativ niedrigen Wachstumsrate der britischen Wirtschaft, trug mit dazu bei, daß diese zunehmend von der Politik der Weltbankiers abhängig wurde, eine Situation, die besonders nach 1967 durchgreifende Konsequenzen nach sich zog: Mit der Verschärfung der Konkurrenz auf dem Weltmarkt, mit dem verstärkten Auftreten vor allem der westdeutschen und japanischen Industrie gerät Großbritannien in eine offene Krise. Die Labourregierung wurde durch Verpflichtungen gegenüber dem Internationalen Weltwährungsfond unter Druck gesetzt, die negative Zahlungsbilanz in Ordnung zu bringen. Dies schien der Regierung, geleitet von einer orthodoxen, vorkeynesianischen Finanztheorie, nur möglich durch eine deflationistische und stagnative Wirtschaftspolitik.

Der beschleunigte Fall der Profitrate während der Labourregierung³⁾ kam in erster Linie dem großen Finanzkapital zugute und trieb den Prozeß der Zentralisation der Kapitale voran.

„Das Gesamteinkommen der Finanzhäuser hat sich zwischen 1964 bis 1969 fast verdoppelt, während das Gesamteinkommen der Industrie- und Handelsunternehmen (. . .) fast gleich geblieben ist.“⁴⁾

In der Bereitschaft der gegenwärtigen Tory-Regierung, sich enger an Westeuropa anzuschließen, drückt sich nur die bereits ausgeprägte wirtschaftliche Abhängigkeit des britischen industriellen Kapitals vom westeuropäischen Finanzkapital aus.

²⁾ Vgl. dazu: Robin Blackburn, „The Heath Government, A New Course for British Capitalism“, New Left Review Nr. 70, Nov.-Dez. 1971.

³⁾ Vgl. dazu: A. Glyn/B. Sutcliffe, „The Critical Position of British Capital“, New Left Review, Nr. 66, März/April 1971.

⁴⁾ Ebenda, S. 25 (Übersetzung der Verfasser).

Der Weltwährungsstatus des Pfund Sterling war spätestens seit dem Baseler Abkommen der zehn finanzstärksten Länder der Welt 1968 nur durch aktive Stützungsmaßnahmen, vor allem der westeuropäischen Länder, aufrechtzuerhalten.

Energiepolitik

Bevor zu einer Analyse der Konfrontationspolitik der Heath-Regierung übergegangen wird, die im Bergarbeiterstreik (Januar – Februar 1972) gipfelte, wird im folgenden die Energiepolitik der verschiedenen britischen Regierungen kurz umrissen, wodurch aufgezeigt werden soll, wie die Kohlenindustrie zugunsten von Öl, Atomkraft und Erdgas ins Hintertreffen geriet. Die langfristige Unsicherheit der drei letztgenannten Energiequellen (trotz der neuen Ölfunde in der Nordsee und an der Südwestküste Englands, die bis 1980 voraussichtlich ein Drittel des britischen Rohölverbrauchs decken werden),⁵⁾ führte keineswegs zu einem Ausbau der in Großbritannien reich vorhandenen Kohlengruben, sondern diese wurden im Gegenteil systematisch abgebaut bzw. geschlossen: die mächtigen Ölinteressen in Großbritannien schienen den Sieg davonzutragen.⁶⁾ Im internationalen Maßstab ist in letzter Zeit, mit Ausnahme Westeuropas, eine der britischen entgegengesetzte Energiepolitik festzustellen. „Die USA, die UdSSR, China, Osteuropa, Japan haben sich alle eindeutig für Kohle entschieden, wohingegen die Länder der EWG und Großbritannien das Risiko einer Einschränkung (der Kohleförderung) eingehen.“⁷⁾

Bergbau und Kohleindustrie

Die Bergarbeiter Großbritanniens schlossen sich erst 1945 zu einer nationalen Gewerkschaft zusammen, der N.U.M. (National Union of Mineworkers), die der Labourparty verbunden ist. Laut Satzung der N.U.M. ist jeder Bergarbeiter verpflichtet, der Gewerkschaft beizutreten. Dieser Satzungspunkt, der wesentlich zur Solidarität unter den Bergarbeitern während des Streiks beigetragen hat, wäre mit Inkrafttreten des Industrial Relations Act (IRA) hinfällig, wenn die N.U.M. sich eintragen ließe als anerkannte Gewerkschaft gemäß den Statuten des neuen Gesetzes.⁸⁾

Nachdem 1947 die Zechen in Großbritannien unter dem Namen National Coal Board (NCB) verstaatlicht worden waren, diente die Kohleindustrie den anderen verstaatlichten Industrien (vor allem den Gas- und Elektrizitäts-

⁵⁾ Siehe ‚Guardian‘, Ausgabe vom 16. 3. 1972.

⁶⁾ Die britische Regierung ist bekanntlich der größte Aktionär der Shell-Mex BP, John Davies, Staatssekretär für Handel und Industrie, früherer Generaldirektor derselben Firma.

⁷⁾ ‚Colliery Guardian‘, 16. 2. 1968, zit. nach Lawrence Daly, „The Miners and the Nation“, veröffentlicht von der N. U. M., 1969, S. 10.

⁸⁾ Absatz 7 der Gesetzesvorlage sieht vor, daß eine ‚Zwangsgliederung‘ der Belegschaften ohne vorherige Absprache mit dem Management ungesetzlich ist.

werken) und der privaten Industrie als billige Rohstoffquelle. Von 1947 bis 1958 wurden deswegen die Kohlenpreise bewußt unter dem Weltmarktpreis gehalten, was zu einem Verlust für das NCB von über 2 000 Mio. Pfund führte: Die enteigneten Grubenbesitzer erhalten jährlich Abfindungsgelder, die sich bis 1971 auf fast 600 Mio. Pfund beliefen. Außerdem ist zu beachten, daß lediglich die Produktion von Kohle verstaatlicht wurde, nicht aber ihre Distribution und die Entwicklung der für sie notwendigen Produktionsmittel, die in privater Hand blieben.

Das NCB erhält pro Tonne Kohle nur 5,84 Pfund, während die Haushaltungen zwischen 16 und 18 Pfund pro Tonne bezahlen müssen, wobei es das NCB dennoch fertig brachte, mit Ausnahme eines einzigen Jahres einen positiven Finanzausgleich zu erzielen. Jedes große Unternehmen muß seinen eigenen Preis mit dem NCB aushandeln; es liegt nahe, zu vermuten, daß die großen Konzerne die Kohle zu einem bedeutend günstigeren Preis beziehen als die privaten Konsumenten. Einige Zahlen zur ‚Entwicklung‘ der Kohlenindustrie in Großbritannien seit 1947 mögen den beschriebenen Trend veranschaulichen.

Produktion in Mio. Tonnen	Zahl der Arbeiter in der Kohleproduktion
1952 212,90	1956 697 000
1971 142,00	1970 296 000

Anteil der Kohle am Gesamtenergieverbrauch

1956 85%
1966 56%
1970 50%

nach: ‚Morning Star‘, 11. 2. 1972

Der Bergbau hatte in den letzten zwölf Jahren eine Produktivitätssteigerung von über 70% zu verzeichnen, die wesentlich mit der Mechanisierung des Untertageabbaus zusammenhängt (1956 waren nur 5% der Zechen mechanisiert, 1970 über 90%).⁹⁾

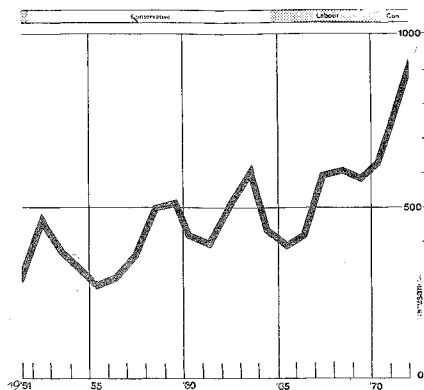
In der gleichen Zeitspanne verschlechterten sich die Löhne der Bergarbeiter relativ zu anderen Industriearbeitern um 25%. Das wurde vor allem dadurch ermöglicht, daß die N.U.M.-Führung gespalten war (wenn auch eine Spaltung noch immer besteht, trat sie sicherlich während des Streiks nicht so offen zu Tage), und daß Lohnabkommen auf regionaler bzw. lokaler Ebene abgeschlossen wurden, was ein einheitliches Auftreten der Bergarbeiter erschwerte. Die traditionelle Rolle der Bergarbeiter als einer der militantesten Teile der englischen Arbeiterklasse schien bis auf weiteres ausgespielt zu sein. Die Politik der Heath-Regierung forderte jedoch die Bergarbeiter heraus, ihre Reihen zu schließen und den Kampf gegen die verschärfte Ausbeutung aufzunehmen. Sie entdeckten von neuem die Solidarität, die nach 1926, dem Jahr des großen Generalstreiks, anscheinend verschwunden war.

⁹⁾ Siehe dazu: ‚Morning Star‘, 16. 2. 1972.

Die Wirtschaftspolitik der Heath-Regierung

„(Die) Vorbedingung (für einen britischen Wirtschaftsaufschwung) ist eine grundlegende Verbesserung der Verwertungssituation des britischen Kapitals im doppelten Sinne: der Verbesserung der Ausbeutungsrate der Arbeiterklasse und der Verbesserung der Konkurrenzsituation durch Steigerung der Produktivkraft der Arbeit.“¹⁰⁾ Die Heath-Regierung orientiert sich vorwiegend nach Westeuropa als „Lösung“ der internen ökonomischen Schwierigkeiten, was unter anderem die Abhängigkeit Großbritanniens von der Finanzpolitik Westeuropas weiterhin verstärkt. Die „Lame Duck“-Philosophie von John Davies¹¹⁾ wäre, unter Rückgängigmachung der sogenannten „geplanten Wirtschaft“ der Labourregierung, tendenziell auf eine Rückkehr zu den Marktgesetzen des Kapitalismus der freien Konkurrenz hinausgelaufen, wobei eine Bevorzugung der großen Konzerne in Vorbereitung auf die verschärfte Konkurrenz in Westeuropa mit dem Eintritt Großbritanniens in die EWG bezweckt ist. (In diesem Zusammenhang muß später der Einfluß des Bergarbeiterstreiks auf diese scheinbar nicht interventionistische Politik – Motto: „Stand on your own two feet“ –, letztendlich auf die Möglichkeit einer Verbesserung der Verwertungssituation des britischen Kapitals¹²⁾ untersucht werden.)

Die Depression 1970-71 ergab sich in einer schon fortgeschrittenen Abschwungphase der Konjunktur. (Vergleiche das starke Ansteigen der Arbeitslosenzahl seit Anfang 1970, siehe Tabelle.¹³⁾ Zur selben Zeit fiel die



Quelle: „Unemployment and how to fight it“, in: Socialist Worker Pamphlet, Nr. 15, London 1971, S. 13.

¹⁰⁾ Neusüb u. a., „Kapitalistischer Weltmarkt und Weltwährungskrise“, in: Probleme des Klassenkampfes, Heft 1, Nov. 1971, S. 104.

¹¹⁾ Betriebe, die eine schwache, nur von ständig neuen Finanzspitzen seitens der Regierung aufrechtzuerhaltende Rentabilität aufweisen, sollen diese Spritzen nicht länger erhalten.

¹²⁾ Neusüb u. a., op. cit. S. 104.

¹³⁾ Arbeitslosigkeit seit 1951 (Jahresdurchschnitt, in Tausend):

Ausnutzung des fixen Kapitals stark ab. Eine „inoffizielle“ Norm für Lohnerhöhungen wurde von der Regierung mit 7⁰% pro Jahr angegeben, und die Beibehaltung dieser Norm im öffentlichen Sektor übte einen großen Druck auf die Arbeiter im privaten Sektor aus, sich an diese Norm zu halten. Insofern bedeutete die Auseinandersetzung mit den Bergarbeitern eine Auseinandersetzung mit der Arbeiterklasse insgesamt, eine offen klassenkämpferische Situation war somit von der Heath-Regierung selbst hergestellt worden. Nachdem sie sich gegenüber den Postarbeitern durchgesetzt hatte, glaubte die Regierung, sich auch gegenüber den Bergarbeitern behaupten zu können. Dies beruhte auf einer Fehleinschätzung der Kampfkraft und Organisationsfähigkeit sowohl der Bergarbeiter als auch der gewerkschaftlich organisierten Teile der englischen Arbeiterklasse.

II. Streikbericht

Der folgende Bericht über den Verlauf des Bergarbeiterstreiks in England stellt in dieser Form keine eingehende materialistische Analyse dar; er soll vielmehr, basierend auf Interviews mit Verantwortlichen der Bergarbeitergewerkschaft (N.U.M.), der organisierenden politischen Kräfte (CP/Communist Party, IS/International Socialists), Augenzeugenberichten¹⁴ der aktiv Streikenden und Presseberichten („Guardian“, „Observer“, „Morning Star“, „Socialist Worker“ etc.), das Material aufbereiten, das zu einer umfangreicheren Untersuchung des zurückliegenden Streiks in Hinsicht auf neue Kampfformen, Solidaritätsaktionen und Organisationsstrukturen der englischen Arbeiterklasse führen kann, das dann konsequenterweise in Beziehung zu den Formen des Klassenkampfes in Frankreich, Italien, Westdeutschland etc. zu setzen wäre. Eine Etappenbestimmung des Kapitalismus und eine Klassenanalyse der jeweiligen Länder hätte dem vorauszugehen, weshalb dieser Bericht notwendig als fragmentarisch und deskriptiv anzusehen ist.

„Die Bergarbeiter waren schon immer konfrontiert mit den heftigsten und brutalsten Angriffen der herrschenden Klasse und ihrer Regierungen.“¹⁵ Daß sie es im letzten Arbeitskampf mit einer der klassenkämpferisch entschlossensten Regierungen zu tun hatten, geht sowohl aus einem Seitenblick auf die Geschichte des Bergarbeiterstreiks 1926 als auch aus den Stellungnahmen und Taktiken der Tory-Regierung insbesondere der letzten drei Monate hervor.

Schon zehn Wochen vor dem eigentlichen Streikbeginn, als es offensichtlich wurde, daß die britische Regierung unter keinen Umständen von der Politik der „Einfrierung der Löhne und Gehälter auf 7⁰%“ abweichen würde, begann die Gewerkschaft der Bergarbeiter (N.U.M.) mit der umfangreichen Einleitung

¹⁴) Die Verfasser hielten sich selbst für drei Tage an den Streiklinien vor dem Kohledepot des West Midlands Gas Board in Saltley auf.

¹⁵) ‚Marxism Today‘, (theoretische Zeitschrift der KP Groß-Britaniens) Editorial, Februar 1972, ohne Seitenangabe.

von präventiven Maßnahmen in Form von Überstundenstopps (Overtime ban) und der Einrichtung von Liaison Committees, den späteren Streik-Verbindungs-Komitees, was bereits in der ersten Novemberwoche 1971 einen Produktivitätsrückgang der Kohlenindustrie bis zu 20% zur Folge hatte. Die Liaison Committees waren organisiert auf der Ebene einer jeden Zechenanlage (lokal), auf Bezirksebene der N.U.M. (regional) und auf nationaler Ebene (N.U.M. Executive Committee) und wurden besetzt jeweils mit Mitgliedern der drei Sektionen innerhalb der Gewerkschaft: Erstens der power group (beschäftigt mit Elektrizität-Sicherheitsarbeiten), zweitens unteren und mittleren Angestellten (clerical workers) und drittens Zechenarbeitern (pit men), wovon die Mitglieder des Managements aufgrund der Organisation in einer separaten Gewerkschaft (N.A.C.O.G.) ausgeschlossen waren (Mines und Quarries Act). Bereits während der Überstundenstopps fiel ihnen vorwiegend die Aufgabe der Durchführung von Sicherheitsarbeiten in den Schachtanlagen zu, die im Normalfall von den Bergarbeitern selbst erledigt wurde.

Die nationale Konferenz der N.U.M. am 22. 11. 1971 beschloß Streikabstimmung in Form der Einzelabstimmung aller Mitglieder, wobei sich 58,9% für einen Ausstand aussprachen. Von diesem Zeitpunkt an wurde die vorbereitende Organisation des Streiks nach einem Modell der Dezentralisierung durchgeführt. Dabei blieb im Unterschied zur Situation von 1926 die politische Führung des Streiks entscheidend von der Masse der Bergarbeiter beeinflußt. Dem kam allerdings die dezentralisierte Struktur der englischen Bergarbeitergewerkschaft, die sich durch besonders intensive Zusammenarbeit von mittlerer Gewerkschaftsebene und lokalen Zechenanlagen auszeichnete, zugute. Weiterhin gilt es hierbei zu berücksichtigen, daß erst seit 1966 Lohnforderungen auf nationaler Ebene verhandelt werden konnten (National Wages Structure), da bis zu diesem Zeitpunkt nach Abbaugebieten getrennte Lohnsätze bestanden. In der Tat war allerdings dieser Streik die erste Möglichkeit der N.U.M., Tarifverhandlungen auf nationaler Ebene zu führen —, umso beachtenswerter daher, daß man seine Planung und Durchführung an der Basis beließ.

„In kürzester Zeit wurde ein Operationsplan ausgearbeitet, der die Lage aller Kohledepots, Kokereien, Zechen und Öllager mit exakter Angabe der Tonnage genau ausführte, desgleichen Nothilfspläne zur Versorgung von Krankenhäusern Altersheimen, Rentnern etc. erstellt.“¹⁶⁾ Während die Gewerkschaften untereinander Unterstützungsverhandlungen führten, um die Verteilung von Kohle und Öl im Falle eines Streiks zu verhindern, drängten die Gewerkschaftsspitzen der N. U. M., Gormley (Präsident) und Daly (Generalsekretär), auf eine Entscheidung. Die Forderungen der Bergarbeiter zu diesem Zeitpunkt lautete: sieben bis neun Pfund mehr pro Woche für eine Laufzeit von zwölf Monaten, während die Regierung (National Coal Board, N.C.B.) ledig-

¹⁶⁾ Interview der Verfasser mit Jack Lally, Präsident der N. U. M. Staffordshire, am 21. 3. 1972.

lich zwei Pfund mit einer Laufzeit von achtzehn Monaten anbot, was in der Tat einem Sinken des Reallohns um etwa 5% seit der letzten Lohnerhöhung gleichkam, wenn man die gestiegenen Lebenshaltungskosten von 11% im letzten Jahr miteinbezieht.

Noch drei Tage vor Streikbeginn am 6. 1. 1972 zeigte sich Gormley unwillig, überhaupt nur an Streik zu denken und wollte sich vielmehr mit einer Lohnerhöhung von drei Pfund zufrieden geben¹⁷⁾, während Ezra, der Vertreter des N. C. B., sein Angebot von zwei Pfund auf zwei Pfund plus kleine Zugeständnisse erhöht. Die Bergarbeiter in einigen Bezirken antworteten darauf mit der spontanen Weigerung, Sicherheitsarbeiten in den Zechen durchzuführen, hauptsächlich in denen von Derbyshire und Yorkshire; das bedeutete, daß durch Entzug der Arbeitskraft Ausrüstungsgegenstände und Maschinen im Wert von mehreren Millionen unter Tage vernichtet wurden, infolge von Erdbeben, Explosionen etc. (Kapitalvernichtung!). Dies sind die ersten spontanen Kampfmaßnahmen vor dem eigentlichen Beginn des Ausstandes, deren Wirkung durch die Weigerung der Eisenbahnarbeiter und Seeleute, Kohle zu transportieren, noch verstärkt wurde.

Die regionale Organisation der N. C. B. in Derbyshire versuchte die Einteilung der drei Arbeitsschichten pro Tag ohne Verhandlungen mit den Bergarbeitern so umzustellen (shift around), daß die durch den Überstundenstopp liegengelassenen Sicherheitsarbeiten trotz einer geringeren Anzahl von absoluten Arbeitsstunden ausgeführt werden konnte.

Dies erklärt z. B. die Beharrlichkeit der Derbyshire-Bergarbeiter, gerade die Sicherheitsarbeiten zu verweigern.

In der Nacht vom 8. 1. 1972 auf den 9. 1. 1972 wird der erste nationale Streik in der Geschichte der N. U. M. ausgerufen. Die Streikposten nehmen Aufstellung vor den Toren der ihnen zugewiesenen Kohlendepots; Dockarbeiter in Cardiff und Middlesborough weigern sich, Schiffe mit belgischer Kohle zu entladen, und die gewerkschaftlich in der T. G. W. U. (Transportarbeitergewerkschaft) organisierten Lastwagenfahrer beliefern ausschließlich Krankenhäuser, Altersheime und Rentner mit Kohle. Sie erklären sich bereit, die Kohle wenn möglich in der Nacht von den Halden abzutransportieren, um den Streikposten am Tage die Arbeit zu erleichtern, da sie dann ausschließlich mit den nichtorganisierten Fahrern zu verhandeln hätten, von denen bekannt war, daß sie unter Vertrag mit der Privatindustrie standen und bis zu dreißig Pfund pro Ladung „Schwarz“-Kohle erhielten. Es handelte sich hierbei zumeist um kleine Einmann-Fahrer/Eigentümer-Betriebe, denen die Streikenden androhten, jegliche Transportaufträge, insbesondere nach Beendigung des Streiks, zu verweigern, wenn sie die Streiklinien durchbrechen würden. Die Streikposten wurden aufgefordert, unverzüglich Kontakte mit Polizei, N. C. B. bzw. Direktoren der Gas- und Elektrizitätswerke aufzunehmen.

¹⁷⁾ Diese Information, die in den führenden Tageszeitungen Englands auftauchte, wurde von Jack Lally dementiert.

men, um auf dem Verhandlungswege die Schließung der Depots zu erreichen. Dies konnte in den meisten Fällen auf Grund der Anzahl und Stärke der Streikposten unverzüglich geschehen. Die wenigen Fälle von Gewaltanwendung, die meistens durch harten Polizeieinsatz entstanden, wurden in der Presse unberechtigterweise hochgespielt.

Am 15. 1. 1972 meldeten die Elektrizitätsarbeiter ihre Lohnforderungen von 10% an und beschlossen gleichzeitig aus Solidarität mit den Bergleuten einen Überstundenstop, — eine Woche später kommt es zu spontanen Arbeitsniederlegungen der Eisenbahnarbeiter, besonders im Norden von London, und dadurch zur Verstärkung der Streikposten an den Kohledepots.

Wie unvorbereitet und machtlos die Regierung den Kampfmaßnahmen der Bergarbeiter zunächst gegenüber stand, mag die Aussage von Heath in der Parlamentsdebatte am 25. 1. 1972 zeigen, als er auf die Auskunft eines Kollegen von der Opposition, der ihn über das Wesen der ökonomischen Krise im Kapitalismus aufklärte, sagte: „Dies ist nicht das Wesen des Kapitalismus, denn es (die Krisen) passiert doch nicht in anderen Ländern!“¹⁸⁾ Der Kollege (es war der Labour-Abgeordnete Eric Helfer) rät ihm, das ‚Kapital‘ von Marx zu lesen.

Höhepunkt des Streiks: Schließung des Gaswerks Saltley.

Auf einem Meeting des Trades Council Birmingham¹⁹⁾ am 14. 2. 1972 stellen die Versammelten fest, daß das Gaswerk Saltley bei Birmingham, wo etwa 90 000 Tonnen Kohle lagern, noch nicht bestreikt wurde. Es ist das letzte, große noch geöffnete Kohlendepot in England und wird zu dieser Zeit von Lastwagenfahrern von überall her frequentiert. Die am kommenden Tag aufgestellten Streikposten stoßen auf harten Widerstand der Polizei und der Direktion, die sich zunächst nicht bereit erklären, mit ihnen zu verhandeln, da vermutlich vom Staatssekretär für Handel und Industrie, John Davies, strikte Anordnung besteht, das Depot unter allen Umständen offen zu halten²⁰⁾ Zwischen 500 und 600 Bergarbeiter von Yorkshire, Derbyshire, Nottinghamshire und Wales erzwingen die Schließung der Tore am Sonntag, dem 6. 2. 1972, welche jedoch am folgenden Tag wiedergeöffnet werden. Von normalerweise 2 500 Lastwagenfahrten pro Tag passieren jedoch lediglich 40 Transporter die Streikpostenlinien, von denen 35 Kohle für Prioritätsfälle aufnehmen.

Am 9. 2. 1972 beschließen die Shopstewards der AUEW und NUVB²¹⁾ mit ihren Arbeitern den Solidaritätsstreik und unterstützen die Bergarbeiter mit etwa 10 000 Streikwilligen, während zur gleichen Zeit 8 000 Transportarbeiter in Birmingham und Umgebung in den Ausstand treten.

¹⁸⁾ ‚Morning Star‘, 25. 1. 1972, Übersetzung der Verfasser.

¹⁹⁾ Trades Council: Lokale Organisation des T. U. C. — Trades Union council.

²⁰⁾ Diese Information stammt von einem Gewerkschaftsfunktionär, dessen Name auf seinen Wunsch unveröffentlicht bleibt.

²¹⁾ Shopstewards: Betriebsrat. AUEW: Amalgamated Union of Engineering Workers. NUVB: National Union of Vehicle Builders.

Donnerstag, der 10. 2. 1972 wurde dann der Tag, der in die Geschichte der englischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung eingehen wird: Unter dem massiven Druck von Tausenden von Arbeitern werden die Tore des Gaswerks Saltley auf Anordnung der Polizei geschlossen. Die Direktion des Gaswerks erklärt sich mit den Forderungen der N.U.M. einverstanden, keine Industriekohle auszuliefern; die Tore bleiben für den Rest der Zeit des Streiks geschlossen. Arthur Scargill, Yorkshire N.U.M., Mitglied der Communist Party (CP), bedankt sich bei den Arbeitern mit den Worten: „Wenn die Arbeiterklasse zusammenhält, kann sie alles erreichen.“

Infolge des Tags zuvor ausgerufenen Notstands in England war der Einsatz von Armeekräften in Saltley im Gespräch, was nach übereinstimmender Meinung der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre zu einem Generalstreik hätte führen können, denn neben den Arbeitern der Autoindustrie legten die gerade erst durch erfolgreiche Tarifverhandlungen beruhigten Elektrizitätsarbeiter (7³/₄% Lohnerhöhung am 8. 2. 72) ihre Arbeit nieder, was die Industrie in den West Midlands, dem für England wichtigsten Industriegebiet, zu einem fast völligen Stillstand brachte. Die Elektrizitätswerke führten Stromsperren (Power-cuts) durch, wobei jeder Stromabnehmer mit zwei sicheren Stromausfällen an zwei Tagen der Woche zu rechnen hatte.

Jetzt, 33 Tage nach Streikbeginn, machen sich die Auswirkungen der Verhinderung der Kohleauslieferung auf die englischen Elektrizitätswerke, die zu 75% von Kohle abhängig sind, im vollen Ausmaß bemerkbar: 1 800 000 Arbeiter werden vorübergehend entlassen, Kurzarbeit wird eingeführt in jedem von Elektrizität abhängigen Industriezweig; hinzu kommen die 1 Mio. Arbeitslosen, die es schon vor dem Streik gegeben hatte.

Einzelne Härtefälle werden in der Presse unverschämt hochgespielt, mit dem Ziel, die Bergarbeiter für die ganze Misere verantwortlich zu machen. Einige Ausschnitte aus Heaths emotionsgeladener Rede²³⁾ vor Konservativen in Liverpool mögen ein Beispiel dafür geben: „Nicht die Bergarbeiter, sondern die Hausfrauen, die alten Leute, die auf fixe Einkommen angewiesen sind, leiden am meisten. . . . Sie haben keine Gewerkschaften zu ihrer Verteidigung, sie aber verursachen auch keine Gewaltmaßnahmen, obwohl sie Millionen sind. . . . Die Hilflosesten der Gesellschaft werden am schwersten betroffen. . . . Es gibt Millionen von Arbeitslosen, einige von ihnen leben nun in permanenter Sorge um ihre Arbeitsplätze – und warum? – weil 3 Pfund nicht genug sind.“²⁴⁾ Heath erkennt an, daß den Forderungen der Bergarbeiter von der Bevölkerung mit großer Sympathie begegnet wird, „aber“, so fährt er fort, „ich denke, daß fairgesinnte Menschen, was auch immer ihre Ansichten sind, in einem übereinstimmen: die Bergarbeiter sollen das Lohnangebot annehmen, sie sollen an ihre Arbeit zurückgehen.“ Heath spricht davon, daß

²³⁾ In Auszügen abgedruckt in der Ausgabe des ‚Guardian‘ vom 12. 2. 72.

²⁴⁾ Neues Angebot der Regierung vom 9. 2. 72: 3 Pfund Lohnerhöhung pro Woche plus Untersuchungskommission.

jede Familie im Lande leiden müsse, wenn die exzessiven und unerfüllbaren Lohnforderungen nicht zurückgeschraubt würden. Die englische Bevölkerung kämpfe den Kampf um die wirtschaftliche Prosperität des Landes und sie müsse beschließen, ob sie vor oder zurückgehen wolle.

Arbeitsminister Carr versucht die anderen Gewerkschaften zu Zugeständnissen zu bewegen, nicht solch hohe Lohnforderungen wie die N.U.M. zu stellen. Er stellt fest, daß nach dem Streik 14 Zechen geschlossen bleiben müssen und infolge der unterlassenen Sicherheitsarbeiten Maschinen im Wert von Millionen vernichtet worden seien.

Tatsächlich bot die N.U.M. dem N.C.B. an, die Sicherheitsarbeiten auch während des Streiks durchzuführen; von diesem Angebot wurde jedoch nie Gebrauch gemacht; so mußte eben ein Teil der Zechenausüstung verrotten.

Am 12. 2. 1972 setzt die Regierung eine Untersuchungskommission zur Schlichtung des Streiks ein, bestehend aus Lord Wilberforce (Ex-Kandidat der Konservativen für das Unterhaus), J. Garnett (Direktor der Industriegesellschaft²⁵ und Unterstützer des Industrial Relations Act – IRA²⁶) und Professor L. Hunter (Professor für Ökonomie in Glasgow). Wie schon 1926 blieb auch in diesem Ausschuß die Vertretung der Arbeiterklasse unberücksichtigt. Die Untersuchungskommission unterstreicht den „Sonderfall“ der Bergarbeiter und schlägt der Regierung ein Lohnangebot von 4,50 Pfund bis 6,00 Pfund vor, zuzüglich fünf Tage Mehrurlaub pro Jahr.²⁷) Der Bericht ist ganz und gar daraufhin abgefaßt, die Bergarbeiter unbedingt an ihre Arbeitsplätze zurückzubringen, denn zu diesem Zeitpunkt war die Situation in der Energieversorgung schon so kritisch, daß bei längerer Streikdauer die Wiederinbetriebnahme der meisten Zechen gefährdet worden wäre. Das Angebot mußte also zufriedenstellend ausfallen.

Es wird zunächst mit einer Stimme Mehrheit vom Exekutiv-Komitee der N.U.M. abgelehnt und zwei Tage später nach einem neuen Kommissionsvorschlag, der nur geringfügige Verbesserungen bringt, wiederum abgelehnt, während allerdings zu diesem Zeitpunkt die N. U. M. Power-Group dieses Angebot bereits akzeptiert hatte. In einer Abstimmung entscheiden sich am 26. 2. 72 96,5% der Bergarbeiter für den Abbruch des Streiks.

Soweit die Ereignisse des eigentlichen Streikverlaufs.

III. Ergebnisse und Folgerungen

Was bleibt als Fazit des Bergarbeiterstreiks festzuhalten?

1. Ohne die außerordentliche Solidaritätsaktionen der Bevölkerung, (Geld-, Lebensmittelspenden, Härtefonds) besonders in den Zechengegenden von Derbyshire, Wales, Kent, Nottinghamshire, Midlands, Yorkshire und Schott-

²⁵) Vergleichbar mit dem VDI.

²⁶) Siehe die Rolle des IRA im Schlußparagraph.

²⁷) Die Bergleute hatten bisher lediglich zwei Wochen bezahlten Urlaub erhalten, im Gegensatz zu 4 Wochen in der Industrie (Norm).

land, wäre ein solches Durchhaltevermögen, wie es die Bergarbeiter im zurückliegenden Streik unter Beweis gestellt haben, nicht möglich gewesen.

2. Dies wurde ergänzt durch das unvergleichliche Gemeinschafts- und Zusammenhörigkeitsgefühl, welches in den Bergarbeiterdörfern Englands besteht. Nur ganz vereinzelte Vorkommnisse von Streikbruch liefern den Beweis dafür.

3. Der Schwerpunkt in der exekutiven Führung des Streiks lag auf der Zusammenarbeit der mittleren Ebene der Gewerkschaft mit der Basis (grass-roots-level).

4. Die Aktionen des Arbeitskampfes waren nicht ausschließlich auf den Streik beschränkt.

5. Die Zusammenarbeit mit den sich nicht im Kampf befindlichen Gewerkschaften fand spontan und nicht auf höchster Ebene statt.

6. Die vorhergegangenen Aufklärungskampagnen der Gewerkschaften über die Möglichkeiten der Ausnutzung von staatlichen Versorgungseinrichtungen während des Streiks trugen erheblich zu dem langen Durchhaltevermögen bei.

7. Die Versorgung der hilfsbedürftigen Bevölkerung (Lieferung von Kohle an Krankenhäuser, Rentner etc.) untermauerte die Glaubwürdigkeit des Streiks in den Augen der Bevölkerung.

8. Die Solidarität der Linksparteien und -gruppen (CP, IS) war in vielen Fällen in der Lage, zur notwendigen politischen Identität beizutragen. Sie unterstützten die Streikenden mit ihren Publikationsorganen und halfen bei der Bereitstellung von Unterkünften für die Streikposten.

Um ein vollständigeres Bild der sich entwickelnden Formen des Klassenkampfes in England zu geben, ist es notwendig, kurz auf die Betriebsübernahmen durch Arbeiter bei U.C.S. (Upper Clyde Shipbuilders), Plessey (Dumbarton) und Fisher-Bendix (Kirkby, Liverpool) einzugehen.

Als defensive Maßnahme gegen drohende Entlassungen bzw. Schließung der betreffenden Firmen wurden die Fabriken besetzt und die Produktionsmittel übernommen: während die U.C.S.-Okkupation die Form eines „work-in“ annahm, wird in den beiden anderen Betrieben nicht mehr produziert, die „produktive Potenz“ des konstanten Kapitals ist auf Eis gelegt. Die Erfolgsaussichten solcher Aktionen werden wohl begrenzt bleiben, solange solche Besetzungen nur auf einzelne Betriebe beschränkt bleiben, und solange diese Maßnahmen nur aus der Defensive ergriffen werden. Sie würden sich vor allem dann erhöhen, wenn seitens des einzelnen Kapitals ein verstärktes Interesse am Fortgang der Produktion, etwa infolge eines Konjunkturauf-

schwungs, bestände, und wenn die Arbeiterschaft in Anlehnung an die internationalen Verzweigungen des Kapitals ebenfalls entsprechende internationale Kampfverabredungen träte.²⁹⁾

Maßnahmen zur Verschärfung der Klassenkämpfe

Es ist vorauszusehen, daß, entgegen den Aussagen der meisten Tory-Minister, sich der Klassenkampf in Großbritannien in den nächsten Jahren verschärfen wird. Wenn wir zunächst von den bitteren Kämpfen in Nord-Irland absehen, die sowieso in den nächsten Jahren eines der Hauptprobleme der britischen herrschenden Klasse überhaupt sein werden, zeichnet sich auch an der Klassenkampffront in GB eine Fortsetzung der Konfrontationspolitik ab. Der neue Industrial Relations Act (IRA) ist Ende Februar in Kraft getreten. Laut Absatz 57 (3) der Gesetzesvorlage wird eine Gewerkschaft nicht mehr als eine Vereinigung der Arbeiter zur Durchsetzung ihrer Rechte definiert, sondern formal als eine Organisation der Arbeiter, die bei einem zentralen Registrieramt eingetragen ist. Dieses soll von einem von der Regierung zu ernennenden, „erfahrenen“ Juristen geleitet werden, der ein endgültiges Entscheidungsrecht über die Satzung der einzelnen Gewerkschaften hat. Der T.U.C. hat den ihm angeschlossenen Gewerkschaften empfohlen, sich nicht einzutragen.³⁰⁾ Selbst wenn die Gewerkschaften eingetragen sind, wären „wilde“ Streiks ungesetzlich, das heißt, Streiks, die spontan von der Arbeiterschaft ausgingen, ohne vorherige Anerkennung der Gewerkschaft. Solidaritätsaktionen einer „nicht betroffenen Gewerkschaft mit einer im Kampf befindlichen anderen Gewerkschaft werden als „unfair industrial action“ für ungesetzlich erklärt. (Absatz 86 der Gesetzesvorlage).

Was die Regierung mit dem immer wieder zitierten Begriff der „Fairness“ meint, wird auch am Beispiel der neuen Gesetzesvorlage über Mieten für Sozialwohnungen deutlich, die vom Begriff der „fairen Miete“ ausgeht. Ausgehend von der bestehenden Gesetzesvorlage wird dies schätzungsweise auf eine Erhöhung der Miete bis zu 100% hinauslaufen.

Nach der Niederlage seiner Konfrontationspolitik durch den Bergarbeiterstreik versuchte Heath die Bergarbeiter als Ausnahmefall hinzustellen (was nur in dem Sinne richtig ist, daß sie das „schwächste Glied der Kette“ darstellen), mit der Absicht, die empfohlene Norm für Lohnerhöhungen von 7% beizubehalten. Die ausstehenden Lohnforderungen der Eisenbahnarbeiter, der Lehrer (die gerade ein CP-Mitglied zum Präsidenten der Gewerkschaft N.U.T., National Union of Teachers, gewählt haben), der Bauarbeiter, der Ingenieure und der Krankenschwestern werden sicher von den jeweils Betroffenen selbst ebenfalls als Ausnahmefälle betrachtet werden.

²⁹⁾ Es wäre auch anhand der drei Beispiele zu untersuchen, wie eine solche Okkupation zu organisieren wäre, besonders in Hinblick auf das Verhältnis zwischen Betriebsräten und dem Gros der Arbeiter bei der Durchführung der Aktionen.

³⁰⁾ Es wird in der Tat auf die Auslegung des Gesetzes ankommen, wenn die britische Regierung gezwungen ist, ein erstes Exempel zu statuieren.

Die Labour-Party findet sich zur Zeit in einer schweren Krise, da sie ihre Glaubwürdigkeit als Vertreter der Interessen der Arbeiterschaft zum größten Teil durch ihre Politik in den Regierungsjahren 1964 – 1970 eingebüßt hat. Roy Jenkins kann sicher als Gegenkandidat Wilsons, von dem er sich vor allem in der Europa-Politik unterscheidet, für die Führung der Partei gelten, aber er verspricht keine wesentliche Neuorientierung der Labour-Party in Hinblick auf die Politik gegenüber der Arbeiterklasse. Die C.P. (Communist Party) spiegelt diesen gegenwärtigen Mangel an politischer Alternative durch ihre Forderung wider, die Tories zu zerschlagen und eine neue „sozialistische“, „linke“ Labour Party zu wählen. Eine solche Wendung scheint auf absehbare Zeit ausgeschlossen.

Es läßt sich zur Zeit nicht absehen, wie sich die durch das neue Budget geschaffenen Investitionserleichterungen für das Kapital³¹⁾ auswirken werden. Die Taktik der Heath-Regierung, kurz nach der Beendigung des Bergarbeiterstreiks die Führer des T.U.C. (Trades Union Congress) und der C.B.I. (Confederation of British Industries) zu Gesprächen über die Wirtschaftssituation einzuladen, darf nicht vorschnell zu dem Schluß verführen, daß schon jetzt eine Art „konzentrierter Aktion“ in Großbritannien möglich wäre. Das Verhältnis des T.U.C. zu den ihm angeschlossenen Gewerkschaften ist ein ganz anderes als in der B.R.D. das des D.G.B. zu den Einzelgewerkschaften. Gerade der Bergarbeiterstreik hat bewiesen, daß die Arbeiterklasse in Großbritannien noch fähig ist, von sich aus über ihre eigenen „ständischen“ Gewerkschaften hinaus zu einer gemeinsamen Politik zu kommen, ohne eine Direktive von der Dachorganisation abzuwarten.

³¹⁾ ‚Guardian‘ 21. 3. 72, „Business Guardian“.

Wir weisen hin auf die Beilage des Trikont-Verlages in diesem Heft. Trikont-Titel können auch verbilligt abonniert werden! Informationen hierüber wie über das vollständige Programm und die politische Situation des Verlages sind erhältlich über den Verlag:

**TRIKONT-VERLAG 8 MÜNCHEN 80
JOSEPHSBURGER STR. 16**

oder über den Politladen in Erlangen.
Trikont-Bücher gibt es in allen linken
Buchläden oder per Post durch den
Politladen in Erlangen.

In ca. 6 Wochen erscheint in der Reihe
Schriften zum Klassenkampf

**ROTE FAHNEN
ÜBER POLEN**



Seit wann schießt die Arbeiterklasse auf sich selbst? Der Kampf der polnischen Arbeiterklasse gegen den falschen Sozialismus.

It's Monday.

But I'm not going down the pit today.

I'm still on strike-

Why?



Because the Coal Board offered me about £26 a week to take home—after a full week at the coal face.

And I'm a top paid man—tens of thousands of my mates would get less than £20.

Sure—I can get more by working overtime.

But why should I be forced to work excessive hours underground to earn a living wage?

Every hour I spend down there increases the risk to my life and health.

Last year 92 of my mates were killed—82,213 were injured—598 seriously.

Many will never work again.

624 more were certified as suffering from the dreaded lung disease pneumoconiosis—that makes over 40,000 of them.

THIS IS THE PRICE WE PAY FOR YOUR COAL.

We know it's costing you more, too.

But I'm worse off than I was five years ago—for working just as hard, producing more coal, with fewer mates and doing my bit for Britain.

ALL I WANT IS A FAIR DEAL.

I'm sure YOU support me.

In that case—

TELL THE GOVERNMENT.

Then I can go back to work.

Send your donations to N.U.M. Campaign Fund,
222 Euston Road, London NW1.

